

Abschied vom Antifaschismus

Aufstieg und Ende einer geschichtspolitischen Debatte in den 1990er-Jahren

Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der DDR ist es um den Antifaschismus ziemlich still geworden. Gegenstand öffentlicher Debatten ist er kaum noch, und auch die Zahl der Bücher und Artikel, die diesen Begriff im Titel führen, ist spürbar zurückgegangen. Wenn heute über die DDR oder die Erinnerung an den Kommunismus gestritten wird, dann steht nicht ihr antifaschistischer Anspruch im Mittelpunkt, sondern das Verhältnis von Alltag und Repression, bisweilen auch dasjenige von sozialer Sicherheit und Freiheit.¹ Dies gilt für die breitere Öffentlichkeit einschließlich der Feuilletons, aber es gibt darüber hinaus Anzeichen, dass der Begriff selbst bei den Splittergruppen des linken Milieus an Bedeutung verliert. Im letzten Report des Bundesamtes für Verfassungsschutz, in dessen regelmäßigen Berichten die Aktivitäten linker Antifagruppen seit Langem einen festen Platz haben, sind dem »Aktionsfeld« Antifaschismus lediglich gut drei Seiten gewidmet, auf denen zudem eine kritische Selbsteinschätzung der Bewegung zur eigenen Bedeutung wiedergegeben wird. »Teile der autonomen Szene«, so der aktuelle Bericht, würden eine »Krise der Antifa-Bewegung« konstatieren: »Antifaschistische Mobilisierungen bewegten immer weniger Menschen; dies führe langfristig zu einem Verlust an politischer Interventionsfähigkeit.«² Man braucht nur wenige Seiten weiterzublättern, um zu sehen, dass längst etwas anderes, nämlich der Kampf gegen die so genannte »Globalisierung« ins Zentrum gerückt ist. Wenn dort etwa von den Aktivitäten eines »Antifaschistischen & Antiimperialistischen Aktionsbündnisses gegen die G 8« die Rede ist, dass auch unter dem Titel »G 8 versenken« firmiert, kann dies als Indiz interpretiert werden, dass die antifaschistische Rhetorik nicht mehr unbedingt im Zentrum linken Selbstverständnisses steht.³

Nur zehn Jahre zuvor, in den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts, war dies bekanntlich ganz anders. Bereits unmittelbar nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten sah sich das Bundesministerium des Inneren veranlasst, im Rahmen seiner »Texte zur inneren Sicherheit« einen umfassenden Sammelband zu »Bedeutung und Funktion des Antifaschismus« zu publizieren, in dessen Vorwort Innenminister Wolfgang Schäuble das Buch mit der Einschätzung legitimierte, dass durch »die Verände-

¹ Vgl. Martin Sabrow u. a. (Hg.), *Wohin treibt die DDR-Erinnerung? Dokumentation einer Debatte*, Göttingen 2007.

² Bundesminister des Inneren (Hg.), *Verfassungsschutzbericht 2007*, Berlin o. J., S. 168.

³ Ebd., S. 171.

rungen des Ost-West-Verhältnisses und des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus in der DDR [...] Bedeutung und Funktion des Antifaschismus als Integrationsideologie noch zugenommen« haben.⁴ Der Bonner Politikwissenschaftler Hans-Helmuth Knütter sah im Antifaschismus gar eine »geistig moralische Fundamentalkrankheit«, die »statt zu reinigen das politische Klima zunehmend vergiftet, so wie ein im Übermaß eingenommenes Heilmittel krank machen kann«.⁵ Aber auch jenseits solcher »Überdosierungs-Metaphorik« betonten seinerzeit viele zumeist westliche Beobachter unterschiedlicher politischer Couleur den instrumentellen Charakter des DDR-Antifaschismus und konnten darin bisweilen wenig mehr entdecken als ein mehr oder minder perfides Herrschaftsinstrument.⁶

Auf der anderen Seite beharrten insbesondere die systemnahen Eliten, wie beispielsweise die ehemals führenden DDR-Historiker, mehrheitlich auf dem Wert ebener dieser politischen Kultur: Man könne »diesem Staat und seinem Gesellschaftssystem vieles vorwerfen«, so der ehemalige Historiker am Institut für Marxismus-Leninismus (IML) Günter Benser mit Blick auf die DDR, aber »daß sie in der Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Antifaschismus jemals auf der falschen Seite gestanden haben, wird sich nicht nachweisen lassen«.⁷ Kurt Finker, vormals Professor für Geschichte an der Pädagogischen Hochschule in Potsdam, interpretierte den Begriff des »verordneten Antifaschismus« seinerseits als Ausdruck des »zur Zeit verordnete[n] Geschichtsbild[es]« und sah in der Kritik des Abschlussberichtes der Enquetekommission am ostdeutschen Antifaschismus »Zynismus« am Werk, der »eine zielgerichtete Beleidigung und Herabwürdigung aller Widerstandskämpfer« darstelle.⁸ Andere proklamierten eine »westdeutsche Endlösung des Antifaschismus auf dem Gebiet der DDR« und kontierten diese Form von angeblicher »Siegergeschichtsschreibung« mit Hinweisen auf die Versäumnisse der frühen Bundesrepublik im Umgang mit dem Nationalsozialismus.⁹ Wer sich diesem bipolaren Schema von Kritik

und Apologie widersetze, geriet leicht zwischen die Fronten. Dies musste beispielsweise der Ostberliner Militärgeschichtler Olaf Groehler erfahren, der sich nach der Veröffentlichung kritischer und dabei empirisch genau gearbeiteter Texte zum frühen ostdeutschen Antifaschismus heftigen Vorwürfen aus den Kreisen seiner ehemaligen Kollegen ausgesetzt sah.¹⁰ In dem charakteristischen Schema von Dekonstruktionen und Apologien, das die Auseinandersetzung prägte, wirkte erkennbar der Frontverlauf des Kalten Kriegs nach. Für beide Seiten markierte die deutsch-deutsche Grenze nicht zuletzt eine moralische Demarkationslinie zwischen Schuld und Unschuld. Dies führte dazu, dass Versuche, das »evaluatorische« Schema von Dekonstruktion und deren Abwehr zu verlassen, es hier besonders schwer hatten.

Wie ist die steile Karriere des Antifaschismus als Kristallisationspunkt der frühen Debatten um die DDR zu erklären, und wie der rasche Verfall als identitätsstiftendes Moment weit über den engeren Bezug auf die DDR hinaus, der augenscheinlich bis in die linken Subkulturen hineinreicht?¹¹ Je nachdem, wen man fragt, kursieren gegenwärtig unterschiedliche Antworten auf diese Fragen: Professionelle, meist westliche »Aufarbeiter« aus Politik und Wissenschaft würden vermutlich eine »Erfolgsgeschichte« der Aufklärung erzählen, von der erfolgreichen Entzauberung eines herrschaftsstabilisierenden Mythos durch kritische, öffentliche Aufarbeitung von Geschichte. Dagegen steht noch immer eine östlich konnotierte Geschichte des Niedergangs, die sich in das Metanarrativ westlicher Dominanz fügt. Dieser zufolge seien gnadenlos auch und gerade jene vermeintlich positiven Teile ostdeutscher Kultur abgewickelt worden, die als Korrektiv oder Irritation zum bundesdeutschen Mainstream hätten wirken können. Beide Erzählungen scheinen schon auf den ersten Blick in hohem Maße auf das Selbstverständnis ihrer Träger zu verweisen. Ich möchte daher diese etablierten, den Ost-West-Gegensatz fortschreibenden Deutungen infrage stellen. Anders als letztere suggerieren, scheinen mir Konjunktur und Verlauf der Debatte keineswegs primär aus den intentionalen Strategien und funktionalen Logiken der beteiligten Akteure erklärbar, sondern aus den letztlich kontingenten Überschneidungen von geschichtspolitischen und Identitätsdiskursen auf gesellschaftlicher und nationaler Ebene mit transnationalen erinnerungskulturellen Paradigmen.

⁴ Bundesminister des Inneren (Hg.), *Bedeutung und Funktion des Antifaschismus* (Texte zur inneren Sicherheit), Bonn 1990, S. 5; ähnlich argumentierten noch 2002 die Herausgeber Manfred Agethen, Eckhard Jesse und Erhart Neubert in ihrem Vorwort des im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung entstandenen Bandes. Vgl. dies. (Hg.), *Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken*, Freiburg i. Br. 2002, S. 16.

⁵ Hans-Helmuth Knütter, *Die Faschismus-Keule. Das letzte Aufgebot der deutschen Linken*, Frankfurt a. M./Berlin 1993, S. 13.

⁶ So z. B. der Tenor zahlreicher Beiträge: Agethen/Jesse/Neubert, *Der missbrauchte Antifaschismus*.

⁷ Günter Benser, *Möglichkeiten und Grenzen einer antifaschistisch-demokratischen Erneuerung in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg*, in: Dietmar Keller/Hans Modrow/Herbert Wolf (Hg.), *Ansichten zu einer Geschichte der DDR*, Bd. IV, Bonn/Berlin 1994, S. 137-152, hier: S. 150.

⁸ Vgl. Kurt Finker, *Antifaschistischer Widerstand: Kriterien. Spektrum. Gewichte*, in: Günter Judick/Hans Joachim Krusch (Hg.), *Wider die Verfälschung deutscher Geschichte. Beiträge zum antifaschistischen Widerstand in Deutschland und zur Gründung der BRD und der DDR*, Essen 1999, S. 11-30, Zitate S. 11 f.

⁹ Vgl. Monika Zorn (Hg.), *Hitlers zweimal getötete Opfer. Westdeutsche Endlösung des Antifaschismus auf dem Gebiet der DDR* (Unerwünschte Bücher zum Faschismus, Bd. 6), Freiburg

i. Br. 1996; Heinz Kühnrich, »Verordnet« oder nichts weiter? Nachdenken über Antifaschismus in der DDR, in: *ZfG* 40, 1992, S. 819-833.

¹⁰ Vgl. die Debatte zwischen Olaf Groehler, Jürgen Kuczynski, Kurt Gossweiler und Kurt Pätzold in der Zeitschrift »Konkret«, Nr. 5/1992, 8/1992 u. 11/1992. Unter den prominenten ostdeutschen Historikern war Groehler mit seiner kritischen Position isoliert.

¹¹ Vgl. als Einstieg und mit dem Fokus auf die Enquetekommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«: Andrew H. Beattie, *Playing Politics with History. The Bundestag Inquiries into East Germany*, New York/Oxford 2008, S. 161-193, sowie die breitere, allerdings selbst politisch engagierte Darstellung bei Robert Erlinghagen, *Die Diskussion um den Begriff des Antifaschismus seit 1989/90*, Berlin/Hamburg 1997.

I »Antifaschismus« als Kristallisationspunkt Zur Karriere eines Begriffs

Max Kaase hat vor geraumer Zeit den Begriff der »Politischen Kultur« als Versuch kritisiert, »einen Pudding an die Wand zu nageln«. ¹² Heute kann man sagen, dass dies der Karriere dieses Begriffs nicht geschadet hat. Ähnlich scheint es sich mit dem Terminus »Antifaschismus« verhalten zu haben, man kann sogar die weitergehende These vertreten, dass es gerade diese Unschärfe war, die zu seinem Erfolg beigetragen hat. Ist schon die Tragfähigkeit des Faschismusbegriffs als Sammelkategorie für die rechtsextremen Massenbewegungen zumindest diskussionswürdig, so gilt dies erst recht für seine antithetische Erweiterung, den Antifaschismus. ¹³ Es handelt sich um einen vielschichtigen, gewissermaßen changierenden Begriff, der verschiedene Dimensionen, Ebenen und Inhalte einschließt – selbst dann, wenn er nur auf die DDR bezogen wird. Sein auffälligstes Merkmal scheint gerade in seiner Unbestimmtheit zu liegen. ¹⁴

Ein Charakteristikum der aufgeregten Debatten der 1990er-Jahre bestand daher darin, dass der zentrale Begriff des Streits selbst v. a. dort merkwürdig unklar blieb, wo es nicht um konkrete historische Verständnisse oder Praxen ging. Was mit Antifaschismus jeweils gemeint war, differierte stark, und nicht immer scheint den Kontrahenten bewusst gewesen zu sein, dass sie jeweils von unterschiedlichen Vorverständnissen ausgingen und auf unterschiedliche Dimensionen des Begriffes abzielten. ¹⁵ Insbesondere spielte dabei augenscheinlich eine normative, gegenwartsbezogene Dimension des Be-

¹² Max Kaase, Sinn oder Unsinn des Konzepts »Politische Kultur« für die vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980, Opladen 1983, S. 144-171.

¹³ Nicht nur die klassische »ökonomistische« Interpretation, wie sie von kommunistischer Seite vertreten worden ist, kann als widerlegt gelten, sondern im Rahmen der empirischen Forschung sind auch zunehmend die Unterschiede zwischen dem italienischen Faschismus und dem Nationalsozialismus als »Kernbestandteile« der Sammelkategorie herausgearbeitet worden. Vgl. Christof Dipper/Rainer Hudemann/Jens Petersen, Vergleichende Faschismusforschung – Schwerpunkte, Tendenzen, Hypothesen, in: dies. (Hg.), Faschismus und Faschismen im Vergleich. Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag, Köln 1998, S. 9-21. Vgl. zu den unterschiedlichen Definitionen des Faschismusbegriffs ferner Arnd Bauerkämper, Der Faschismus in Europa 1918–1945, Stuttgart 2006, S. 13-46.

¹⁴ Entsprechend schwer tun sich theoretische Begriffsbestimmungen jenseits der marxistischen Orthodoxie, die sich nicht wirklich auf die konkreten historischen Kontexte einlassen. Vgl. z. B. Manfred Funke, Faschismus und Antifaschismus – Versuch einer historisch-politischen Begriffsbestimmung, in: Der Bundesminister des Inneren (Hg.), Bedeutung und Funktion des Antifaschismus, Bonn 1994, S. 7-20.

¹⁵ Diese Schwierigkeiten sind insbesondere auch in der Diskussion im Zuge der Anhörung der Enquetekommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« zum Thema »Antifaschismus und Rechtsradikalismus in der SBZ/DDR« zu spüren. Vgl. Deutscher Bundestag, Antifaschismus und Rechtsradikalismus in der DDR. Protokoll der 30. Sitzung der Enquetekommission des Deutschen Bundestages »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen

griffs eine Rolle, die im Kern auf eine entschiedene Ablehnung der NS-Herrschaft und ähnlicher Herrschaftsformen hinausläuft. Sie wurde von Kommunisten, Linksliberalen wie Konservativen gleichermaßen in Anspruch genommen, und dies hat dazu geführt, dass die Konkurrenz um die »richtige« politische Besetzung des Begriffs einen Topos der Debatte gebildet hat. ¹⁶

Gerade in seiner Unbestimmtheit dürfte also der Grund für die steile Karriere dieses Begriffs zu suchen sein: Dass er in den frühen Debatten um den Charakter der DDR zum Leitbegriff aufstieg, lag daran, dass er unterschiedliche Debatten bündelte, die in der neuen gesamtdeutschen Öffentlichkeit vor dem Hintergrund der dramatischen Umwälzungen aufeinandertrafen – jedenfalls schien es den Beteiligten seinerzeit so als habe man im Begriff des »Antifaschismus« einen gemeinsamen Bezugspunkt: Der Streit um die Legitimität der DDR fand hier seinen Angelpunkt, aber ebenso sehr ging es um ein Kernelement »linker« Identität und um den antitotalitären Gründungskonsens der Bundesrepublik. Schließlich schien er anschlussfähig an die großen, teils internationalen Debatten der 1990er-Jahre um die Erinnerung an den Nationalsozialismus, sei es um Steven Spielbergs Film »Schindler's List« oder um die Realisierung des Berliner Holocaustmahnmals. Diese Diskussionen sollen im Folgenden in ihren Überschneidungen knapp skizziert werden.

II Die Debatte um die Legitimität der DDR

Umbrüche politischer Systeme sind nie unumstritten; ihnen gehen nicht nur Legitimationskrisen voraus, sie erzeugen auch ihrerseits Legitimationsbedarf, gerade zu Beginn, in der mehr oder minder fragilen Etablierungsphase. Die Legitimität der »neuen« Ordnung leitet sich unmittelbar aus der Illegitimität der »alten« ab, und umgekehrt gibt es einen großen Rechtfertigungsbedarf der deklassierten Eliten und Unterstützer. Dass es auch nach 1989/90 zu einer heftigen Debatte über die Legitimität der DDR kam, erstaunt vor dem Hintergrund ihres überraschenden Zusammenbruchs und der ungeheuren Dynamik des Vereinigungsprozesses insofern wenig.

Weniger selbstverständlich ist, dass sich dabei von Anfang an die Diskussion um das antifaschistische Selbstverständnis der DDR und die damit verbundenen Praxen zu einem zentralen Feld, wenn nicht zu dem zentralen Feld dieser Debatte entwickelten. Zwar liegt es gewiss nahe, auf das eigene Verständnis als »antifaschistischer Staat«

der SED-Diktatur in Deutschland«, Bd. III/1, Frankfurt a. M./Baden-Baden 1995, S. 95-201, insbes. S. 143-171.

¹⁶ Vgl. dazu Werner Bramke, Antifaschistische Tradition und aktueller Antifaschismus, in: Klaus Kinner/Rolf Richter (Hg.), Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen, Berlin 2000, S. 8-13; Agethen/Jesse/Neubert, Vorwort der Herausgeber, in: dies., Der missbrauchte Antifaschismus, S. 13-28.

zu verweisen¹⁷, dessen »Gründungsmythos«¹⁸ der kommunistische Widerstand war, und der seine Existenzberechtigung in Abgrenzung zur Bundesrepublik stets auf der Überwindung des kapitalistischen und damit vermeintlich zugleich präfaschistischen Wirtschaftssystems gestützt hat. Doch hatte das antifaschistische Pathos spätestens in den 1980er-Jahren schon reichlich Patina angesetzt. Diejenigen, die wie Erich Honecker oder Erich Mielke selbst noch »gekämpft« hatten, waren nicht nur in der Minderheit, sondern hatten den Zenit ihrer Laufbahn erkennbar überschritten und wurden als Teil des Problems wahrgenommen. Die ritualisierten Feiern und allzu häufig inhaltslosen Phrasen konnte allenfalls noch eine Minderheit der eigenen Bevölkerung goutieren¹⁹, und schon lange vorher hatte die berühmt-berüchtigte Titulierung der Berliner Mauer als »antifaschistischer Schutzwall« die inflationäre »Bewirtschaftung« dieser Legitimationsressource deutlich gemacht. Anders gefragt: Wenn die heute weit verbreitete Formel vom »verordneten Antifaschismus«²⁰ tatsächlich zuträfe, warum konzentrierte sich die Debatte um die Legitimität der DDR dann trotzdem auf diesen Aspekt? Und warum wurde sie so anhaltend und in erbitterter Form ausgetragen? Diese Fragen stellen sich umso mehr, wenn bedacht wird, dass an kritischen Dekonstruktionen, die die Fallhöhe zwischen moralischem Anspruch und gesellschaftlicher Praxis der SED-Führung eindringlich vor Augen geführt haben, von Anfang an nie ein Mangel bestand.

Trotz aller Verschleißerscheinungen war der antifaschistische Anspruch vermutlich aus der Perspektive des Jahres 1990 tatsächlich die einzige verbliebene Legitimationsgrundlage, über die man noch ernsthaft streiten konnte. Peter Graf Kielmansegg hat als tragende Säulen der DDR-Legitimation Sozialismus, Frieden, Wohlfahrt und Antifaschismus ausgemacht.²¹ Wer damals noch mit der »Überlegenheit des Sozialismus« argumentierte, hatte angesichts des ökonomischen Scheiterns ohne Zweifel einen schweren Stand; ebenso war die soziale Sicherheit seinerzeit im Vergleich zur

Bundesrepublik kaum ein Argument für die DDR. Und erkennbar hatte nicht der westliche Aggressor den Staatsstreich herbeigeführt, sondern die eigene Bevölkerung in Verbindung mit der Agonie der Staatsspitze.

Was blieb war der Antifaschismus, den einige der Älteren immerhin ja noch im Wortsinne verkörperten. Auch kritische Intellektuelle wie Christoph Hein und Annette Simon haben die Schwierigkeit beschrieben, sich über die Autorität der ehemaligen Widerstandskämpfer hinwegzusetzen.²² Wolf Biermann, jeder Sympathie mit der SED-Spitze unverdächtig, textete 1989 in seiner »Ballade von den verdorbenen Greisen« über Erich Honecker: »Ich hab dich verachtet und ich hab dich gefürchtet/Und trotzdem bleibt da ein Rest von Respekt/Es haben dich die verfluchten Faschisten/Elf Jahre in Brandenburg eingesteckt.«²³ Selbst die Mitglieder eines Bürgerkomitees in der Normannenstraße waren im Januar 1990 einen Augenblick lang irritiert, als der ihnen gegenüberstehende Stasiobersst seine Tätigkeit damit legitimierte, dass die Staatssicherheit für »die gesamte Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrechen beim MfS« zuständig gewesen sei.²⁴ Konsequenterweise versuchte die SED-Spitze im Winter 1989/90 ihre Anhänger mit der Gefahr rechtsradikaler Tendenzen gegen die Einheitsforderung zu mobilisieren, eine »letzte Verteidigungslinie des alten Systems«, wie Stefan Wolle treffend bemerkte.²⁵ Dagegen setzten Kritiker bereits früh überzeugende Dekonstruktionen der antifaschistischen Praxis, indem sie deren Bigotterien sowie ihren instrumentellen, herrschaftsbezogenen Charakter offenlegten.²⁶

So plausibel und notwendig diese kritische Auseinandersetzung angesichts der Fallhöhe zwischen moralischem Anspruch und gesellschaftlicher Praxis der SED-Führung zunächst auch war, die enge Verknüpfung mit aktuellen politischen Fragen und Zielen brachte es mit sich, dass Perspektiven, die eine umfassende Historisierung des Phänomens ermöglicht hätten, in der Öffentlichkeit zunächst kaum wahrgenommen wurden. Insbesondere beruhten die Skandalisierungen in der Regel darauf, dass in der DDR nicht nur in der stalinistischen Phase der politischen Opportunität stets

17 Vgl. Dan Diner, Zur Ideologie des Antifaschismus, in: Bernhard Moltmann/Doron Kiesel/Cilly Kugelmann u. a. (Hg.), Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocaust in Deutschland-West und Deutschland-Ost, Frankfurt a. M. 1994, S. 21-29; Diner sieht nicht nur eine enge Verbindung zwischen der historisch-teleologischen Weltdeutung des Staatssozialismus und der Interpretation des Nationalsozialismus als Faschismus, sondern rückt den Antifaschismus als eigentlichen Kern staatlicher Legitimation der DDR ins Zentrum.

18 Herfried Münkler, Politische Mythen der DDR. Vortrag vor den Mitgliedern der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften am 16. Februar 1996, in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften. Jahrbuch 1996, Berlin 1997, S. 123-155.

19 Joachim Käppner, Erstarrte Geschichte, Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspropaganda der DDR, Hamburg 1999.

20 Der Begriff stammt bereits aus den 1980er-Jahren und geht zurück auf Ralph Giordanos wenig empirische Streitschrift, Die zweite Schuld. Oder von der Last Deutscher zu sein, Hamburg 1987, S. 215-228.

21 Peter Graf Kielmansegg, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 561-574; Kielmansegg sieht dabei im Antifaschismus die gegenüber dem Sozialismus in mancher Hinsicht ursprünglichere und haltbarere Grundlage der DDR.

22 Vgl. Anette Simon, Antifaschismus als Loyalitätsfalle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.2.1993.

23 Wolf Biermann, Lieder vom preußischen Ikarus, CD, Sony BMG 1999.

24 Vgl. Stefan Wolle, Staatsfeind Faschist, in: Der Spiegel, 26.8.2001, S. 144-150, hier: S. 144.

25 Ebd.

26 Vgl. u. a. Konrad H. Jarausch, Das Versagen des ostdeutschen Antifaschismus. Paradoxien von Wissenschaft als Politik, in: Berliner Debatte Initial 1991, H. 2, S. 114-124; Olaf Groehler, Der Holocaust in der Geschichtsschreibung der DDR, in: Ulrich Herbert/ders., Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, S. 41-66; Mythos Antifaschismus. Ein Traditionskabinett wird kommentiert, hg. v. Kulturamt Prenzlauer Berg und dem Aktiven Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e. V., Berlin 1992; Lutz Niethammer (Hg.), Der »gesäuberte Antifaschismus«. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, Berlin 1994; vgl. auch die Sachverständigenvorträge von Bernd Faulenbach, Günter Fippel, Manfred Wilke und Karl Wilhelm Fricke vor der Enquetekommission des Deutschen Bundestages v. 5. März 1993, in: Deutscher Bundestag, Materialien, Bd. III/1, S. 101-143.

Vorrang vor fundamentalen Normen, wie der konsequenten Verfolgung der Täter oder der Verpflichtung gegenüber der historischen Wahrheit, eingeräumt worden war. Dies ignorierte allerdings, dass dies dem antifaschistischen Selbstverständnis insofern nicht widersprach, als es sich beim Antifaschismus immer auch um ein gegenwartsbezogenes Konzept handelte, in dem keineswegs nur die Erinnerung an den kommunistischen Widerstand im Mittelpunkt stand, sondern das primär an den (gegenwärtigen) Zielen des Klassenkampfes ausgerichtet war. Da sich das offiziöse kommunistische Antifaschismusverständnis letztlich immer der Klassenkampfloge unterordnete und die Durchsetzung des Sozialismus als konsequenteste Bekämpfung des Faschismus ansah, konnte – so paradox uns dies heute erscheinen mag – beispielsweise die lautlose gesellschaftliche Integration zahlreicher Mitläufer und sogar Täter aus der NS-Zeit durchaus konsequent »antifaschistisch« sein, wenn sie den politischen Interessen der DDR nutzte.

In dieser Konzeption verschmolzen also Vergangenheit und Gegenwart unter dem Primat der revolutionären politischen Programmatik.²⁷ 1990 war eine solch offene Aufhebung der Grenze zwischen Vergangenheit und Gegenwart nicht mehr diskursfähig. Mit dem Verschleiß und dem Scheitern des sozialistischen Projektes verlor sie an Überzeugungskraft und gehörte spätestens mit dessen Scheitern einer untergegangenen Sinnwelt an. Sie wurde in der Debatte der 1990er-Jahre jedoch nach den gegenwärtigen Maßstäben beurteilt und wirkte dementsprechend skandalös. Dies brachte ihre Verteidiger in eine defensive Situation. Wenn sie überhaupt darauf eingingen, interpretierten sie die entsprechenden Fälle zumeist als Einzelfälle oder als Ausdruck stalinistischer Deformationen des Sozialismus. Ansonsten replizierten sie häufig mit Verweisen auf die in ihren Augen ebenfalls skandalöse Praxis der NS-Aufarbeitung in der Bundesrepublik oder auf die konsequente NS-Gegnerschaft der deutschen Kommunisten.²⁸

III Das Generationsprojekt DDR-Antifaschismus als Katalysator der Debatte

Warum hielten die Befürworter trotz der nur noch schwer zu vermittelnden antifaschistischen Praxis in der DDR dennoch so zäh an ihrer Verteidigung fest und heizten damit die Debatte zusätzlich an? Es ist gewiss nicht falsch, zur Beantwortung dieser Frage den naheliegenden Hinweis auf die schlagartige Deklassierung der DDR-Eliten

²⁷ Vgl. zum kommunistischen Antifaschismusverständnis ausführlicher Christoph Classen, Feindbild Faschismus. Zum Doppelcharakter einer Gegnerkategorie in der frühen DDR, in: Rainer Gries/Silke Satjukow (Hg.), *Unsere Feinde. Zur Geschichte des Anderen im Sozialismus*, Leipzig 2004, S. 127–148.

²⁸ Vgl. z. B. die Beiträge in Judick/Krusch, *Wider die Verfälschung deutscher Geschichte*; Zorn, *Hitlers zweimal getötete Opfer*.

und die damit verbundenen Kränkungen heranzuziehen. Allerdings kam meines Erachtens noch etwas hinzu: Die Mehrheit der Apologeten gehörte der so genannten HJ-Generation an, die aufgrund ihres Alters nicht für den Nationalsozialismus verantwortlich gemacht werden konnte, und die bereits in den späten 1940er-Jahren über die FDJ an das System gebunden worden war.

Lutz Niethammer hat darauf aufmerksam gemacht, dass sich gerade Angehörige dieser Generation besonders mit dem Antifaschismus der älteren Kämpfer und Emigranten identifiziert habe.²⁹ Sie, die unter dem Nationalsozialismus sozialisiert worden waren, erlebten den Zusammenbruch des Regimes als Jugendliche tatsächlich mehrheitlich als beispiellosen Traditionsbruch, mit dem oftmals auch ihre persönliche Wertordnung und Zukunftsperspektive zerbrach. Dementsprechend groß war ihr Bedürfnis nach Kompensation. Das Angebot einer Konversion aus Enttäuschung hatte für sie daher hohe Attraktivität. Im Gegensatz zur Mehrzahl der älteren Deutschen konnten sie sich den parteilichen Antifaschismus- und Vergangenheitsdiskurs ganz und gar zu eigen machen. Freilich blieb bei dieser Generation oft lebenslang ein latentes Schuldgefühl gegenüber der Minderheit von antifaschistischen Kämpfern, eben weil sie sich als Kinder und Jugendliche den »falschen« Idealen verschrieben hatten. Dies sicherte der älteren, durch Widerstand und Emigration ausgezeichneten Führungsspitze die dauerhafte Loyalität eines großen Teils dieser Alterskohorte, die nicht selten über den Zusammenbruch des Systems hinausreichte.³⁰

Diese »antifaschistische Generationensymbiose« (Niethammer) wäre vermutlich weit weniger tragfähig ausgefallen, wäre sie nicht mit einem sozialen und materiellen Aufstieg verknüpft gewesen, der in mancher Hinsicht beispiellos und für keine spätere Generation in der DDR wiederholbar war. Ein guter Teil der männlichen, dem proletarisch-urbanen Milieu entstammenden Alterskohorte hatte seit den späten 1940er-Jahren die neu geschaffenen Arbeiter- und Bauernfakultäten durchlaufen und stellte im Laufe der 1950er-Jahre sukzessive die Führungsschicht unterhalb der eigentlichen Parteispitze aus zumeist Altkadern.³¹ Nicht selten nahmen sie dabei die Plätze von Sozialdemokraten und Altkommunisten ein, die ihre Positionen im Rahmen der Parteisäuberungen verloren hatten. Es war eine Aufsteigergeneration, die ihre Privilegierung einerseits der ideologisch begründeten Bevorzugung von Arbeiterkindern, andererseits dem »Kadernmangel« verdankte, der durch die Verdrängung bürgerlicher Eliten und die Parteisäuberungen entstanden war.

Für diese Gruppe verschränkte sich die antifaschistische Leidens- und Kampferzählung als ideeller, quasireligiöser Mythos mit ihrer eigenen, nicht minder fest an die

²⁹ Vgl. hierzu und zum Folgenden insbes. Lutz Niethammer, *Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR*, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 95–114, hier: S. 104 ff.

³⁰ Vgl. Dorothee Wierling, *Erzählungen im Widerspruch? Der Nationalsozialismus und die erste Nachkriegsgeneration der DDR*, in: *WerkstattGeschichte* 2001, H. 30, S. 17–31, hier: S. 19.

³¹ Niethammer, *Prolegomena*, S. 105 u. 107 f.

Partei und den Staat gebundenen Aufstiegserfahrung. Er verlieh ihr jenen transzendenten, überindividuellen Sinn, den sie aus sich selbst heraus nicht generieren konnte.³² Dass sie, inzwischen selbst im vorgerückten Lebensalter, nach dem unerwarteten und abrupten Zusammenbruch der DDR nur in seltenen Fällen mit kritischen Selbstreflexionen reagierten und stattdessen ihre internalisierte antifaschistische Identität umso zäher verteidigten, ist psychologisch gewiss naheliegend.

IV Der Streit um den Antitotalitarismus in der Bundesrepublik als Motor der Debatte

Vielleicht wäre die Debatte dennoch eher ein ostdeutscher Streit zwischen Bürgerrechtlern und ehemaligen Trägern des Systems geblieben, wäre sie nicht mit der im Westen schon länger virulenten Auseinandersetzung über das Selbstverständnis und den antitotalitären Gründungskonsens der Bundesrepublik verschmolzen. Den Hintergrund dieser Debatte bildete das Bedürfnis nach einem eigenständigen, historisch fundierten republikanischen Selbstverständnis jenseits schlichter Abgrenzung von der DDR, dass mit der Zementierung der Teilung in der Bundesrepublik ab Anfang der 1960er-Jahre entstanden war.³³ Umstritten blieb dabei, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Veränderungen der politischen Kultur nach 1968, das Selbstverständnis der Bundesrepublik nach 1945: Während die linksliberale Seite im Nationalsozialismus den zentralen (negativen) Bezugspunkt der politischen Kultur der Bundesrepublik sah, bestanden konservative Intellektuelle und Politiker mehrheitlich auf einer antitotalitären, gleichermaßen gegen Kommunismus und Nationalsozialismus gerichteten Identität. Die Auseinandersetzung kulminierte im so genannten Historikerstreit von 1986/87, bei dem es im Gewand historischer Fakten und ihrer Bewertung um diese politische Frage ging, die wissenschaftlich logischerweise nicht entschieden werden konnte.³⁴

Das starke Interesse von westlichen Intellektuellen an der Auseinandersetzung über den DDR-Antifaschismus erklärt sich maßgeblich daraus: Aus bundesdeutscher Sicht ging es weniger um die kaum offene Frage der Legitimität der DDR als um die zukünftige politische Kultur und historische Identität des nun wiedervereinigten Deutschland. Stärker noch als nach der von Helmut Kohl angekündigten »geistig-

moralischen Wende« und der damit verbundenen konservativen Geschichtspolitik der 1980er-Jahre fürchteten Linke und Linksliberale im Zuge der Wiedervereinigung die Verdrängung der Erinnerung an den Nationalsozialismus aus der politischen Kultur und warnten vor der Gefahr einer Re-Nationalisierung. Diese Sorge bekam durch den zeitweiligen Anstieg rechtsextremer Straftaten und die weite Verbreitung einschlägiger Jugendkulturen in Ostdeutschland vorübergehend zusätzlich Nahrung. Konservative sahen sich dagegen durch die Enthüllungen aus der DDR und den Zusammenbruch des Kommunismus in ihrer antikommunistischen Grundhaltung bestätigt. Sie bestanden auf der Beibehaltung und Erneuerung des antitotalitären Gründungskonsenses, der ihrer Auffassung nach v. a. seit der Studentenbewegung 1967/68 und dem folgenden »roten Jahrzehnt« (Gerd Koenen) im Hinblick auf die antikommunistische Seite bis weit ins sozialdemokratische Lager erodiert war.³⁵

Diese bundesdeutsche Debatte hatte mit der DDR und ihrem Antifaschismusverständnis eigentlich wenig zu tun, sondern aktualisierte nur die latenten Auseinandersetzungen um Deutungshegemonie zwischen dem konservativen und dem sozialdemokratischen Lager. Tatsächlich schienen sich aber nun die Gewichte verschoben zu haben: Die klassischen Totalitarismustheorien erlebten eine kurze aber heftige Renaissance bis weit in den wissenschaftlichen Bereich hinein, und die Dekonstruktion des DDR-Antifaschismus löste auch im Westen einen linken Krisendiskurs aus, in dessen Verlauf der Begriff mehr als einmal verabschiedet wurde.³⁶ Häufiger waren allerdings die Versuche, ihn zu retten, weil man glaubte, nicht auf ihn verzichten zu können. Der Bielefelder Historiker Christoph Kleßmann schrieb beispielsweise 1991 mit Blick auf die Bundesrepublik und die DDR, nun müsse es darum gehen, »den Antifaschismus vom Sockel des Denkmals herunterzuholen, ohne politisch auf ihn zu verzichten«.³⁷ Alle möglichen Adjektive kamen auf, darunter die Formulierung vom »missbrauchten Antifaschismus« oder sogar ganz offen die Unterscheidung von »echtem« und »unechtem« Antifaschismus.³⁸ Offensichtlich zeigte hier die eingangs erwähnte semantische Unschärfe des Begriffs Wirkung: Obwohl die demokratische Gegnerschaft gegen rechtsextreme und nationalistische Tendenzen bei genauer Betrachtung wenig mit dem kommunistischen, auf die Durchsetzung der »Diktatur des Proletariates« zielenden Verständnisses zu tun hatte, sah man sich genötigt, sich davon abzugrenzen, indem man zwischen legitimem und illegitimem Antifaschismus unterschied. Erkennbar wollten Konservative den Antifaschismus als Etikett für die entschiedene Abgrenzung

32 Deshalb blieben sie immer, so Niethammer, auf das antifaschistische Prestige der Altkommunisten angewiesen. Vgl. ebd.

33 Edgar Wolfrum, Das westdeutsche »Geschichtsbild« entsteht. Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und neues bundesrepublikanisches Staatsbewusstsein, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Teppe (Hg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn 2003, S. 227-246.

34 Vgl. dazu die Beiträge von Bernd Faulenbach (S. 417 ff.) und Brigitte Seebacher (S. 403 ff.) in diesem Band.

35 Einen knappen Überblick liefert Steffen Kalitz, Der zentrale Punkt im »Historikerstreit«. Antifaschismus oder Antitotalitarismus, in: Agethen/Jesse/Neubert, Der missbrauchte Antifaschismus, S. 63-75.

36 Vgl. z. B. Antonia Grunenberg, Antifaschismus – ein deutscher Mythos. Reinbek 1993.

37 Christoph Kleßmann, Das Problem der doppelten »Vergangenheitsbewältigung«, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 38, 1991, H. 12, S. 1.099-1.105, hier: S. 1.105.

38 Vgl. Günter Fippel, Der Missbrauch des Faschismus-Begriffs in der SBZ/DDR, in: Deutschland Archiv 25, 1992, H. 10, S. 1.055-1.065.

vom Nationalsozialismus keinesfalls allein den Linken überlassen, während Sozialdemokraten und Linksliberale in der Bundesrepublik Wert darauf legten, dass ihr antifaschistisches Selbstverständnis nicht durch die Praxis der SED kontaminiert werden sollte.

V Die Macht der transnationalen Erinnerungskultur

Mit dem Abstand eines weiteren Jahrzehnts wirken diese Debatten merkwürdig weit entfernt. Der Begriff des Antifaschismus ist aus der publizistischen Öffentlichkeit weitgehend verschwunden und scheint wie eingangs beschrieben selbst in linken Subkulturen an Bedeutung zu verlieren. Weder hat sich die Sorge bewahrheitet, die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen könnte in der »Berliner Republik« in den Hintergrund geraten oder gar die ganze Republik nach rechts kippen, noch scheint im Nachhinein der entgegengesetzte Alarmismus in Bezug auf linksradikale Tendenzen eines vitalen Antifaschismus plausibel. Zwar mag der DDR in Ostdeutschland heute von Teilen der Bevölkerung wieder mehr Legitimität zugesprochen werden als 1990, aber dieser nostalgische Diskurs bezieht sich angesichts von Kontingenzerfahrungen auf ihre soziale Sicherheit, nicht auf den Antifaschismus. Die Konjunktur des Antitotalitarismus war von kurzer Dauer.³⁹ Im Zentrum des bundesrepublikanischen Selbstverständnisses steht heute konsensual die Abgrenzung vom Nationalsozialismus. Sie wird symbolisiert durch die staatliche »Adoption« des ursprünglich zivilgesellschaftlich initiierten Holocaustdenkmals, dessen Errichtung der Bundestag 1999 mit den Stimmen aller Fraktionen im Zentrum der Hauptstadt beschlossen hat.⁴⁰

Man kann darin nicht zuletzt eine symbolische Demonstration gegenüber den europäischen Gegnern der Wiedervereinigung sehen. Entscheidender ist dafür jedoch meines Erachtens ein langfristiger Prozess, der sich überwiegend hinter dem Rücken der geschichtspolitischen Akteure abgespielt hat. Gemeint ist die grundlegende Veränderung der westlichen Erinnerungskulturen, in deren Folge die zivilen Opfer und insbesondere der Mord an den europäischen Juden in das Zentrum der Erinnerung gerückt sind. Dieser transnationale Prozess hat seit den 1970er-Jahren auch in Westdeutschland die vormals hauptsächlich auf die eigene Gesellschaft und den Krieg bezogene Erinnerungskultur verändert und nebenbei noch zu Lebzeiten der DDR auch

³⁹ Es sei nicht verschwiegen, dass die Debatte heute noch einen gewissen Nachhall in den Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Erinnerung an den Nationalsozialismus und Kommunismus erfährt, der sich u. a. im Kontext der Gedenkstättenkonzeption des Bundes artikuliert hat. Vgl. Sven Felix Kellerhoff, Das neue Gedenkstättenkonzept des Bundes – Minenräumen auf dem Geschichtsacker, in: Die Welt, 21.6.2008.

⁴⁰ Vgl. Jan-Holger Kirsch, Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales »Holocaust-Mahnmal« für die Berliner Republik, Köln/Weimar etc. 2003.

deren staatsoffiziellen Antifaschismus spürbar unter Druck gesetzt.⁴¹ Entscheidend waren dafür, neben der sukzessiven Durchsetzung des Menschenrechtsdiskurses in den westlichen Demokratien, der langsame Übergang der Erinnerung an den Holocaust in ein »kulturelles Gedächtnis« (Jan Assmann) und die zunehmende Wirkung transnationaler Medien, insbesondere von Film und Fernsehen, deren Bedeutung (bezogen auf das Thema) in der Bundesrepublik erstmals durch die Ausstrahlung der US-amerikanischen Fernsehserie »Holocaust« (1979) transparent wurde.

Auch dieser Wandel zu einer stark auf die Opfer des nationalsozialistischen Genozids bezogenen Erinnerungskultur mag ihren Teil zur Dynamik der Antifaschismusdebatte beigetragen haben. Doch zugleich wirkte der staatsoffizielle Antifaschismus der DDR vor diesem Hintergrund bereits vor 1989 vollständig anachronistisch: In seinem Zentrum standen nicht die Opfer (schon gar nicht die jüdischen), sondern der heroische kommunistische Widerstand. Er erinnerte in seiner Starrheit und artifiziellen Inszenierung zwar einerseits an sakrale Riten, aber zugleich unterlag er dem Verschleiß politischer Opportunität. Nicht die westliche Utopie von abgeschlossener Vergangenheit als orientierendes Schema für die Gegenwart strukturierte ihn, sondern im Gegenteil eine ideologische Gewissheit, der sich nötigenfalls auch die Vergangenheit unterzuordnen hatte. Erkennbar entstammte dieses Konzept der deutschen Tradition affirmativer Geschichtsphilosophien und entsprechend schlecht passten die teleologischen Heilsgewissheiten des historischen Materialismus zum postmodernen Zeitgeist des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Aus erinnerungskultureller Perspektive hatte sich der DDR-Antifaschismus bereits überlebt, bevor die Debatte um ihn überhaupt begonnen hatte.

VI Fazit

Die Konjunktur der Debatte um den DDR-Antifaschismus verdankte sich dem Zusammentreffen unterschiedlicher Diskurse, die vor dem Hintergrund des Vereinigungsprozesses einerseits um die Legitimität der DDR kreisten, zum anderen um den antitotalitären Gründungskonsens und die politische Identität der »Berliner Republik«. Zusätzlich angeheizt wurde sie durch Identitätsdiskurse der politischen Linken in Ost und West sowie eine v. a. von den Massenmedien geprägte öffentliche Erinnerungskultur, in der dem Nationalsozialismus immer größere Bedeutung beigemessen wurde. Der inhaltlich vage Begriff des »Antifaschismus« schien all diese sehr unterschiedlichen Aspekte zu bündeln. Dies funktionierte aber nur für kurze Zeit. Weniger das Ende des Vereinigungsprozesses als die Paradigmen der transnational geprägten Erinnerungskultur sorgten dafür, dass die Debatte um den Antifaschismus nach einem Jahrzehnt rasch an ihr Ende kam. Insofern wird man Bernd Faulen-

⁴¹ Harald Schmid, Antifaschismus und Judenverfolgung. Die »Reichskristallnacht« als politischer Gedenktag in der DDR, Göttingen 2004, S. 108 ff.

bach zustimmen können, der 1989/90 nicht als tiefe geschichtspolitische Zäsur interpretiert.⁴² Vielmehr haben wir es mit einem längerfristigen erinnerungskulturellen Wandlungsprozess zu tun, der deutlich vor dem Ende des Kalten Krieges beginnt, nämlich bereits in den 1970er-Jahren. Dabei dürfte die zunehmende Bedeutung transnationaler Medien, insbesondere des Fernsehens, von großer Bedeutung gewesen sein.

Es bleibt abschließend zu fragen, ob und was wir aus diesem Beispiel für Begriff und Konzept von Geschichtspolitik lernen können. Auffällig ist, wie bald sich die z. T. erbittert ausgetragenen Auseinandersetzungen der 1980er- und 1990er-Jahre um den Stellenwert des Nationalsozialismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik überlebt haben. Das hängt nur z. T. mit dem Niedergang des Kommunismus zusammen, der mittelfristig auch den »klassischen« Streit um den antitotalitären Konsens obsolet gemacht hat. Offenbar ist die Übernahme eines »westlichen« Erinnerungsmusters, das im Nationalsozialismus v. a. ein eindrückliches Beispiel für die Verletzung individueller Menschenrechte sieht, für die Mehrheit der nachwachsenden Generationen auch in Deutschland heute selbstverständlich geworden.

Dies legt zum einen nahe, nach dem Verhältnis von Generationszugehörigkeit und Geschichtspolitik zu fragen. Nicht die Gefährdung der Demokratie, nicht eigene Kriegserlebnisse oder die Erfahrung von 1968 und auch nicht die eigene, »antifaschistisch beglaubigte« Aufstiegserfahrung strukturieren bei den Jüngeren in Deutschland heute noch die Wahrnehmung des Nationalsozialismus, sondern seine mediale Omnipräsenz. Geht mit der damit verbundenen Unverbindlichkeit möglicherweise auch jener fundamentale Stellenwert des Themas verloren, der es über Jahrzehnte zum Medium nationaler geschichtspolitischer Debatten hat werden lassen? Oder verschieben sich mit den generationellen Erfahrungen lediglich die Perspektiven?

Zum anderen ist das sich wandelnde Verhältnis von transnationalen Diskursen und auf der nationalen Ebene angesiedelten Geschichtspolitiken noch zu wenig untersucht. Das Beispiel suggeriert, dass im Zuge von Generationenwandel und Medialisierungsprozessen die nationalen Besonderheiten zu Gunsten übernationaler Normen zurückgetreten sind.⁴³ Möglicherweise handelt es sich dabei jedoch um eine Besonderheit dieses Themas. Daran ist zudem die Frage geknüpft, wie sich generell die Logiken langfristigen kulturellen Wandels und die eher kurzfristigen intentionalen bzw. funktionalen Logiken von Geschichtspolitik zueinander verhalten. Bezogen auf das Verhältnis von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur scheinen mir derzeit noch mehr Fragen offen als bereits beantwortet zu sein.

⁴² Vgl. Bernd Faulenbach, *Zeitenwende 1989/90 – Paradigmenwechsel in der Geschichtspolitik?*, in: Beatrix Bouvier/Michael Schneider (Hg.), *Geschichtspolitik und demokratische Kultur. Bilanz und Perspektiven*, Bonn 2008, S. 85-95.

⁴³ In diesem Sinne Daniel Levy/Nathan Sznajder, *Erinnerung im globalen Zeitalter: Der Holocaust*, Frankfurt a. M. 2001.